

03.12.2002

„Soziale Stadt“-Kritiker rufen Gabriel an

fo **Leer**. Bernd Meyer von der Bürgerinitiative gegen das Projekt „Soziale Stadt“ im Ostteil der Stadt Leer legte sich mächtig ins Zeug. Er versuchte Ministerpräsident Sigmar Gabriel, SPD, am OZ-Telefon davon zu überzeugen, dass die privaten Hausbesitzer aus dem Sanierungsvorhaben entlassen werden.

Wie berichtet, gehören der Bürgerinitiative, die jüngst schon eine Demonstration durch die Stadt zum Rathaus organisiert hat, 333 von 350 Hausbesitzern an. Anlass des Ärgers sind mögliche Ausgleichszahlungen, die auf Hausbesitzer zukommen können, wenn durch die Stadtteilsanierung die Häuser an Wert gewinnen würden. Vor allem Rentner könnten den Ausgleich nicht zahlen.

Auch der Vermerk im Grundbuch regt viele auf, weil dieser bei einem Verkauf mögliche Interessenten abstoße. Grundsätzlich brauche das Gebiet nicht saniert zu werden.

Gabriel verwies auf die Wertsteigerung für einzelne Häuser. Damit kam er bei Meyer jedoch nicht durch.

Der Leeraner vergaß nicht zu sagen, dass „die SPD 1000 bis 1200 Stimmen verlieren“ und manche Mitglieder „ihre Parteibücher zurückgeben“ werden, wenn sich nichts ändere. Gabriel solle doch bitte mit dem SPD-Stadtrats-Fraktionschef Heinz-Dieter Schmidt sprechen. Ob er das tut, ließ der Ministerpräsident offen. Er sagte jedoch zu, mit dem zuständigen Innenminister zu sprechen. Ein anderes städtisches Thema: Heinz Bolland, der in der Stettiner Straße eine Pension mit Kiosk und Mini-Kneipe betreibt, beklagte sich, dass das Rathaus trotz eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts ihm nicht acht, sondern nur sechs Fremdenbetten zugestehe. Gabriel sicherte ihm zu, dass er die Kommunalaufsicht prüfen lassen werde, ob „die Stadt dem Urteil Genüge tut“. Nebenbei kündigte er an, eine Stelle zu schaffen, „die sich nur um solche Verwaltungsgeschichten kümmert“. Telefonaktion auch Seite 11